



RADIKALE INITIATIVE «GRÜNE WIRTSCHAFT» GEFÄHRDET ARBEITSPLÄTZE UND WOHLSTAND

AGV LEHNT NICHT UMSETZBARE VOLKSINITIATIVE DER GRÜNEN PARTEI AB

AGV. Das Präsidium des Aargauischen Gewerbeverbands (AGV) lehnt die Initiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» der Grünen Partei ab. Die Initiative will in der Verfassung eine grüne Kreislaufwirtschaft festschreiben. Bis im Jahr 2050 muss die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch um mehr als zwei Drittel (minus 65 Prozent) reduzieren. **Bund, Kantone und Gemeinden sind verpflichtet, noch nicht definierte Massnahmen zu ergreifen, um dieses radikale Ziel zu erreichen.**

Schweizer Unternehmen sind weltweit führend, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen. Die Konsequenzen der Initiative sind aber extrem weitreichend und erzwingen einen radikalen Strukturwandel. Eine Senkung des Ressourcenverbrauchs



um mindestens 65 Prozent ist gemäss Bundesrat selbst mit innovativsten Technologien nicht zu erreichen. Die Folgen eines extremen Strukturwandels sind für die Gesellschaft und die Unternehmen unberechenbar, die volkswirtschaftlichen Kosten sind immens.

Die Initiative zwingt die Bürgerinnen und Bürger zur Änderung ihres gewohnten Lebensstils. Jede Schweizerin und jeder Schweizer muss sein Essverhalten ändern, seine eigene Mobilität einschränken und mit weniger Komfort wohnen. Konsumentin-

nen und Konsumenten werden bevormundet und ihre Wahlfreiheit wird beschränkt. Die Ziele der Initiative sind – wenn überhaupt – in erster Linie mit planwirtschaftlichen Massnahmen erreichbar.

Kein anderes Land kennt einen derart extremen Ansatz. Die wettbewerbsfeindliche Initiative schottet die Schweiz ab, schafft neue Handelshemmnisse und gefährdet Freihandelsabkommen. Sie ignoriert, dass umweltpolitische Herausforderungen nur durch internationale Zusammenarbeit zu lösen sind.

Neue Vorschriften und Verbote behindern Wettbewerb und Innovation, die Treiber unseres Wohlstands und des technologischen Fortschritts sind. Die ausgelöste Regulierungsflut führt zu einem grünen Käfig und gefährdet Unternehmen und Arbeitsplätze in der Schweiz.

Der AGV lehnt daher diese radikale, nicht umsetzbare Volksinitiative gemeinsam mit Bundesrat und Parlament ab.

**TEURER
GRÜNER
ZWANG**



NEIN
ZUR INITIATIVE GRÜNE WIRTSCHAFT

WWW.GRUENER-ZWANG.CH

VOLKSINITIATIVE «FÜR EINE NACHHALTIGE UND RESSOURCENEFFIZIENTE WIRTSCHAFT»

NEIN ZUM GRÜNEN ZWANG

Diese radikale Initiative gefährdet Schweizer Arbeitsplätze und den Wohlstand unseres Landes. Eine Annahme würde die Unternehmen und Haushalte dazu zwingen, ihren Ressourcenverbrauch auf der Basis einer diffusen Grösse radikal umzubauen und bis im Jahr 2050 um 60 Prozent zu senken! Das bedeutet eine Senkung um fast zwei Drittel, ohne dass die dazugehörigen Massnahmen definiert wären. Und dies bei immer noch stark steigenden Bevölkerungszahlen in unserem Land. Da kann man nur noch im wortwörtlichen Sinn sagen: «Gute Nacht Schweiz!»

Schlagwort «ökologischer Fussabdruck»

Es ist uns allen ein Anliegen zu Boden, Wasser und Rohstoffen Sorge zu tragen, das hat in der Schweiz Tradition. Wir wollen und müssen mit unseren wertvollen Ressourcen verantwortungsvoll, sorgfältig und mit Mass umgehen. Was hier jedoch harmlos, romantisch und grün daherkommt, ist tatsächlich radikal und damit gefährlich und basiert auf einer falschen Analyse der Sachlage. Um die Schweiz stehe es schlecht, Lebensqualität und Wirtschaftssystem seien gefährdet und die Versorgung bedroht. Nur mit der Initiative «grüne Wirtschaft» liessen sich Umwelt und Wirtschaft retten, und die Konsumenten würden erst noch profitieren. Verstärkte Wiederverwertung (Recycling), stärkere Abfallvermeidung und ökologische Mindeststandards für importierte Produkte heissen die verbreiteten Zauberworte, die Besserung bringen sollen. So die grosse unterstützende Allianz für die grüne Wirtschaft, bestehend aus verschiedenen Umweltschutzverbänden, Grünen, SP, Stiftung für Konsumentenschutz etc., um nur einige zu nennen. Ziel ist gemäss Initiative: «Bis ins Jahr 2050 wird der «ökologische Fussabdruck» der Schweiz so reduziert, dass er auf die Weltbevöl-



kerung hochgerechnet eine Erde nicht überschreitet.» Die gefährlichste Keule steckt aber in Absatz 3 der Initiative. Da geht es nicht mehr nur um ein bisschen besseres Recycling, sondern um handfeste neue Abgaben: Der Bund soll nämlich ermächtigt werden, «Steuer- oder Budgetmassnahmen zu ergreifen; insbesondere (...) eine zweckgebundene oder haushaltsneutrale Lenkungssteuer auf den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu erheben». *Interessanterweise dürften da Eigeninteressen keine unwesentliche Rolle spielen, denn es muss ja alles überwacht und zertifiziert werden, ganz zu schweigen von den dafür nötigen neuen Verwaltungsstellen zur Umverteilung der Fördermittel, zur Erstellung der neuen Reglementierungen und Vorschriften (schon wieder!) sowie zur Kontrolle der neuen Zwangsjacken und Umerziehungsprogramme für unsere Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger.*

Einmal mehr geht es nur um das Umverteilen von Geld

Wer die Weltkugel betrachtet, wird rasch zum Schluss kommen, dass die kleine Schweiz ebendiese Kugel nicht retten kann. Was sinnvoll ist, tun wir pflichtbewusst bereits heute. Mehr zu tun ist unsinnig und hilft der Umwelt nicht. Wenn nun neue Massnahmen verlangt werden, geht es einzig und allein darum, dass statt unserer KMU andere das Geld absahnen sollen. Für unsere Unternehmen ist eine erneute Belastung mit zusätzlichen Abgaben und Vorschriften nicht mehr tragbar. Kein anderes Land auf der Welt kennt einen solch extremen Ansatz, wie ihn die Initiative will.

Statt endlich einmal hinzusehen und zur Kenntnis zu nehmen, was in unseren Betrieben bereits in Sachen Umweltschutz und Nachhaltigkeit geleistet wird, werden laufend neue Belastungen und Reglementierungen ausgedacht und gefordert, die gar nicht nötig sind, weil Umweltschutz schon lange angekommen ist und gelebt wird.

Wieso soll der Wirtschaftsstandort, der sich ohnehin in einer heiklen und schwierigen Phase befindet, ohne echte Wirkung für die Umwelt zusätzlich eingeschränkt werden und noch mehr Geld an Kontrollorgane abliefern? Wieso wird nicht endlich von «grüner Seite» zur Kenntnis genommen, dass unsere Schweizer Unternehmen selbstverständlich eigenverantwortlich handeln und weltweit bereits führend sind, wenn es darum geht, Wachstum und Nachhaltigkeit zu vereinen? Unsere Unternehmen brauchen keine Bevormundung gesteuert vom grünen planwirtschaftlichen Tisch aus. Ebenso sind wir Weltmeister im Recycling, aber längst ist auch bekannt, dass nicht jede Art von Recycling Sinn macht, weil nicht jeder Rohstoff effizient wiederverwertet werden kann.

Global denken und lokal handeln, aber bitte sinnvoll

Sogar der Bundesrat warnt eindrücklich, dass sich durch steigende Preise Handlungsspielräume in den Unternehmen verringern und die Konsumenten stark eingeschränkt werden. Die Initiative geht zulasten von wirtschaftlichen Zielen, welche überlebenswichtig sind: Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit. Der damit verbundene sorgfälti-

ge Umgang mit den Ressourcen ist nachhaltiger als es jegliche Vorschriften tun. Eine zusätzliche Belastung der Produktion hingegen führt zu einer noch grösseren Deindustrialisierung der Schweiz. Dies führte zu mehr Importen mit entsprechend belastenden Transportwegen, und das kann ja niemand wirklich wollen. Die Verteuerung der Importe trägt dazu bei, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter stärker öffnet. Produktion, Mobilität, Ernährung mutieren wieder zu Luxusgütern. Wollte man Ernst machen mit dem ehrgeizigen Ziel, würde sich wahrscheinlich bald nicht mehr die Frage stellen, woher das Rindfleisch für den Big-Mac-Burger kommt, sondern ob wir in der Schweiz überhaupt noch Burger essen dürfen angesichts der Öko-Bilanz von Rindfleisch. Dasselbe gilt natürlich auch für weitere Produkte.

Kurz gesagt: Diese Volksinitiative ist eine utopische Zwängerei, reine Planwirtschaft, extrem radikal und nicht umsetzbar. Deshalb ist sie wuchtig abzulehnen, so wie es Bundesrat und Parlament auch empfehlen.



Sylvia Flückiger
Vizepräsidentin AGV
Nationalrätin SVP